

Die Meinung

Zeitung der DKP Wedel

September

41. Jahrgang

2010

Rigoroser Sozialabbau der CDU/FDP Landesregierung CDU blockiert Diskussion um Frauenhausschließung

Die beabsichtigte Schließung des Frauenhauses Wedel durch die Landesregierung Schleswig-Holstein ist nicht nur beim Betreiberverein „Frauen helfen Frauen“ auf Empörung gestoßen, sondern auch in weiten Teilen der Wedeler Bevölkerung. Von der Nacht- und Nebelaktion der CDU/FDP-Regierung erfuhr Bürgermeister Niels Schmidt aus den Tageszeitungen. Das Hamburger Abendblatt zitierte Schmidt mit den Worten: „Es wäre wünschenswert gewesen, wenn wir in Vorgespräche eingebunden worden wären.“

Aber wo die schwarz-gelbe Koalition schon fehlendes Demokratieverständnis offenbart, wollte in der letzten Ratssitzung die

CDU-Fraktion in der Ratsversammlung Wedel nicht nachstehen. Sie blockierte mit ihren Stimmen einen Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke, der folgenden Wortlaut hat: „Der Rat fordert die Landesregierung Schleswig-Holstein auf, auf die geplante Schließung des Frauenhauses Wedel zu verzichten und stattdessen mit der Stadt Wedel nach einer Lösung für den Erhalt des Frauenhauses zu suchen.“

Trotz des offensichtlichen Versuchs der Fraktion Die Linke mit einer sehr moderaten Formulierung alle Parteien der Ratsversammlung zu einer einheitlichen Haltung zusammenzuführen, verhinderte die CDU jegliche Diskussion. Die Ratsversammlung sei nicht der Ort, um inhaltlich über das Frauenhaus zu debattieren, sagte

Michael Kissig. Jutta Stropahl, Vorstandsmitglied des Vereins „Frauen helfen Frauen“, forderte in der Öffentlichkeit die Erhaltung aller Plätze im Frauenhaus. Die Belegung habe im vergangenen Jahr 83 Prozent betragen. Das habe Schutz für 51 Frauen und 44 Kinder bedeutet. Auf diesen Schutz dürfe nicht verzichtet werden. Die Frauenhaus-Schließung ist Teil des rigorosen Sozialabbaus durch die CDU/FDP-Landesregierung. Abgesehen vom Personalabbau bei den Schu-

len, der Streichung des kostenlosen dritten Kita-Jahres, der Halbierung des Blindengeldes und vieler anderer unsozialen Maßnahmen ist Wedel von der Kürzung der Zuschüsse für die Fachhochschule Wedel in Höhe von 300.000 Euro betroffen. Für Kissig und seine CDU-Fraktion soll der Protest der Bevölkerung vor der Tür des Rathauses enden. Gewerkschaften und Sozialverbände im Land Schleswig-Holstein haben schon vor einigen Tagen mit Demonstrationen in der Landeshauptstadt gezeigt, dass sie sich mit dem Sozialabbau nicht abfinden werden. Im Zuge des heißen Herbstes mobilisiert das Bündnis zu einer noch größeren Aktion am 18. Oktober in der Landeshauptstadt, um die Beendigung der Streichorgien durchzusetzen.



*A. Sawatzky (Die Linke):
Der Rat fordert die
Landesregierung...auf,
auf die geplante Schließung
des Frauenhauses Wedel
zu verzichten...*



*Proteste von Kissig
auf's Kloevokorn genommen:
Wisch und weg
Antrag weg
Frauenhaus raus
PTL eventuell
auf jeden Fall
bleibt der alte Käse
streichfähig,
bis zur Neuwahl*